

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

17. Juni 2013

Afghanistan

Anschläge in Kabul

Bei einem Selbstmordanschlag am 11.06.13 vor dem Obersten Gerichtshof in Kabul kamen mindestens 17 Menschen ums Leben, Dutzende wurden verletzt. Die Taliban sollen sich zu dem Anschlag bekannt haben. Nach dem Attentat auf den internationalen Flughafen am 10.06.13 (s. BN vom 10.06.13) ist dies der zweite größere Anschlag Aufständischer binnen zwei Tagen in Kabul.

Abzug der Bundeswehr aus der Provinz Baghlan

Am 15.06.13 räumte die Bundeswehr den „Beobachtungspunkt Nord“ (OP North, etwa 70 km westlich von Kundus) in der Unruheprovinz Baghlan. Der OP North soll künftig von 250 afghanischen Soldaten betrieben werden. Die Räumung des Stützpunktes ist Teil der Truppenreduzierung in Afghanistan. Im Herbst soll auch das Lager in Kundus geschlossen und die Verantwortung den afghanischen Sicherheitskräften übertragen werden.

Irak

Sicherheitslage

Die Gewalt hält an. So wurden bei einer neuen Welle von Gewalt in überwiegend sunnitischen Gebieten am 10.06.13 viele Menschen getötet und verletzt. Die Angaben schwanken zwischen mindestens 70 und 94 Toten bzw. mehr als 230 und 289 Verletzten. Allein in Mosul (Provinz Ninive) kamen bei der Explosion von fünf Autobomben mindestens 29 Menschen ums Leben. Ziel der Anschläge sollen überwiegend Sicherheitskräfte gewesen sein. In Jadida al-Shat (Judaida al-Shat) bei Baquba in der Provinz Diyala starben bei der Explosion mehrerer Bomben auf einem Gemüsemarkt 15 Menschen, 50 wurden verletzt. Weiterhin betroffen waren die Städte Kirkuk, Tikrit und Tuz Khormatu (Provinz Salahaddin).

Am 11.06.13 starben bei Anschlägen u.a. in den Provinzen Ninive, Diyala, Anbar und Kirkuk 22 Menschen, 13 wurden verletzt.

Am 12.06.13 wurden in Baquba (Provinz Diyala) 13 Menschen getötet, darunter sechs Polizisten.

Am 15.06.13 kamen bei einem Angriff auf „Camp Liberty“, ein Lager der iranischen Volksmudschaheddin, mindestens vier Menschen ums Leben. Nach UN-Angaben leben in dem Lager rund 3.100 Iraner.

Am 16.06.13 kamen bei Anschlägen in vor allem von Schiiten bewohnten Regionen nach Angaben von Polizei und Ärzten mindestens 30 Menschen ums Leben. Betroffen waren insbesondere Basra, Nassirija, der Großraum Bagdad, Najaf, Tuz, Al-Kut, Hilla und Mosul.

Pakistan

Mindestens 25 Tote bei Anschlägen in Belutschistan

Am 15.06.13 sprengte sich in Quetta eine Selbstmordattentäterin in einem Bus in die Luft und riss 14 Studentinnen der Sardar Bahadur Khan Women's University mit in den Tod. Als 19 bei der Explosion verletzte Personen ins Krankenhaus gebracht worden waren, kam es dort zu einem erneuten Selbstmordanschlag, dem mindestens elf Menschen zum Opfer fielen, darunter auch der stellvertretende Polizeipräsident von Quetta.

Der Attentäter soll im Bolan Medical Complex Hospital in der Notaufnahme auf das Eintreffen der Verletzten gewartet haben. Nach einem mehrstündigen Schusswechsel zwischen der Polizei und weiteren Extremisten, die einen Teil des Krankenhauses besetzt hielten, konnten 35 Geiseln befreit werden.

Für die Anschläge übernahm die sunnitische Extremistengruppe Lashkar-e-Jhangvi (LeJ) die Verantwortung. Einem Sprecher der LeJ zufolge habe es sich bei den Angriffen um Vergeltungsschläge wegen des Todes von fünf Extremisten, darunter zwei Frauen, gehandelt. Sie seien am 06.06.13 im Verlauf einer Razzia von der Polizei getötet worden. Nach Polizeiangaben soll es sich bei diesen Toten um Angehörige der Tehreek-e-Taleban gehandelt haben, einer extremistischen Organisation mit Verbindungen zur LeJ.

Die Anschläge von Quetta sind die vorläufig letzten einer Reihe von Angriffen auf Schiiten und schiitische Einrichtungen in Belutschistan. Die Sardar Bahadur Khan Women's University liegt nahe einem Wohngebiet von schiitischen Hazara. Zahlreiche Studentinnen gehören dieser Minderheit an.

Angriff auf Gedenkstätte für Staatsgründer

Stunden vor den Anschlägen von Quetta hatten Extremisten in der Ortschaft Ziarat das Sterbehaus des pakistanischen Staatsgründers Mohammed Ali Jinnah, jetzt eine Gedenkstätte für ihn, mit Panzerfäusten beschossen und weitgehend zerstört. Zu dem Angriff soll sich die Balochistan Liberation Army bekannt haben. Sie kämpft für die Unabhängigkeit der Provinz von Islamabad. Bei dem Angriff kam ein Polizist ums Leben.

Syrien

USA will Aufständischen Waffen liefern/Russland unterstützt weiterhin das Regime

Nach Erkenntnissen des amerikanischen Geheimdienstes soll das syrische Regime mehrfach Giftgas gegen die Rebellen eingesetzt haben, wobei zwischen 100 und 150 Menschen starben. Die USA entschied deshalb am 13.06.13, an die Aufständischen Waffen zu liefern. Deren Verteilung soll durch den amerikanischen Auslandsgeheimdienst CIA gesteuert werden. Auch eine Flugverbotszone wird erwogen. Beim zweitägigen G 8-Gipfel am 17.06.13 in Nordirland werden heftige Auseinandersetzungen über den Bürgerkrieg erwartet, da Russland seine Unterstützung für Bashar al-Assad bekräftigte, den USA Lügen bezüglich des Chemiewaffeneinsatzes vorwirft und vor Waffenlieferungen warnt. Nach neuen Angaben der Vereinten Nationen sollen in Syrien bisher mehr als 93.000 Menschen getötet worden sein.

Iran

Rohani gewinnt Präsidentschaftswahl

Der moderate Theologe Hassan Rohani wurde mit 50,7 % der Stimmen bereits im ersten Wahlgang am 14.06.13 zum Präsidenten gewählt. Rohani, der bis 2005 oberster Atomunterhändler und Sicherheitsberater des Präsidenten war, wird von Reformern und Gemäßigten unterstützt. Er tritt dafür ein, Iran solle sein Atomprogramm fortsetzen und gleichzeitig die Spannungen zum Westen abbauen. Er möchte erreichen, dass die EU und die USA ihre Wirtschaftssanktionen beenden. Zweiter der sechs angetretenen Kandidaten mit 16,5 % wurde der konservative Teheraner Bürgermeister Mohammed Bagher Ghalibaf.

Amnesty International: Menschenrechtsbericht

Ein neuer Bericht von Amnesty International vom 12.06.13 zeigt, wie das iranische Regime vor der Präsidentschaftswahl gegen seine Kritiker vorging. Es habe willkürliche Verhaftungen, unfaire Prozesse und Folter gegeben. Aktivisten, Gewerkschafter und Journalisten seien massiv verfolgt worden. Amnesty International schildert in diesem Bericht eine Welle von Repressionen. In Iran würden auch im Wahlkampf die Menschenrechte massiv missachtet. Zum Teil sperre man Menschen nur aufgrund ihrer Meinung ein, ohne dass diese selbst politisch aktiv geworden seien.

Palästinensische Autonomiegebiete

Israel und Palästinenser beschließen, Wirtschaftskooperation zu erneuern

Israel und die palästinensische Regierung haben am 16.06.13 beschlossen, ihre vor Monaten ausgesetzte wirtschaftliche Zusammenarbeit wieder aufzunehmen. In Gesprächen sollen gemeinsame Investitionen und engere Handelsbeziehungen erörtert werden. Israel verpflichtete sich, jeden Monat den im Namen der Palästinenserführung erhobenen Betrag an Steuern auszuführen. Von Dezember 2012 bis März 2013 hatte Israel die Überweisung dieser Steuern als Reaktion darauf ausgesetzt, dass die UN-Vollversammlung die Palästinenser zum Beobachterstaat aufgewertet hatte.

Türkei

Proteste halten an

Im Streit um die Bebauungspläne im Istanbuler Gezi-Park kam es auch in der vergangenen Woche zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. So sollen allein auf dem Istanbuler Taksim-Platz am 11.06.13 mindestens 30 Menschen verletzt und Dutzende inhaftiert worden sein. Stunden vor den Auseinandersetzungen hatte Regierungschef Erdogan ein Ende der Toleranz angekündigt und die Demonstranten aufgefordert, die Proteste zu beenden und sich zurückzuziehen. Anschließend zeigte sich die türkische Regierung kompromissbereit. Nach einem Treffen von Erdogan mit Vertretern der sogenannten Taksim-Plattform in der Nacht auf den 14.06.13 in Ankara teilte Regierungssprecher Hüseyin Çelik mit, die Regierung wolle die endgültige Entscheidung des Gerichts, das einen Baustopp verfügt hatte, abwarten. Sollte der Baustopp bestätigt werden, werde die Regierung dies akzeptieren. Gestatte das Gericht hingegen die Baumaßnahmen, werde die endgültige Entscheidung der Bevölkerung in einem Referendum überlassen. Die Demonstranten lehnten es dennoch ab, den Gezi-Park zu verlassen, da eine ihrer Hauptforderungen, die Bestrafung der Verantwortlichen für die gewaltsamen Polizeieinsätze, nicht erfüllt wurde. In der Nacht zum 16.06.13 räumten Sicherheitskräfte den Gezi-Park und den Taksim-Platz. Nach Angaben der Protestbewegung wurden dabei hunderte Menschen verletzt. Dennoch setzten sich die Demonstrationen am 16.06.13 fort, wobei es erneut zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei kam. Es wird berichtet, dass Anhänger der Regierung oppositionelle Demonstranten angegriffen hätten. Zahlreiche Menschen seien laut Angaben der Istanbuler Anwaltskammer seit dem 15.06.13 inhaftiert worden. Auch in anderen türkischen Städten kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Regierungskritikern und Sicherheitskräften. Im Gegenzug drückten Erdogan mehr als hunderttausend Anhänger in Istanbul bei einer Großkundgebung ihre Unterstützung aus.

Bei dem gewaltsamen Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten sollen laut Ärzteorganisation seit Ende Mai vier Menschen ums Leben gekommen und etwa 5.000 verletzt worden sein.

Libyen

Gefechte in Benghazi

In der Nacht zum 15.06.13 kam es in der ostlibyschen Stadt Benghazi zu Zusammenstößen zwischen einer libyschen Spezialeinheit und bewaffneten Demonstranten. Dabei kamen nach Angaben des Militärs sechs Soldaten ums Leben.

Sprecher der Sicherheitskräfte verletzt

Der Sprecher des Krisenstabs der Sicherheitskräfte der Stadt Benghazi, Oberst Abdullah al-Schaafi, wurde bei einem Anschlag am 12.06.13 verletzt. Die Regierung hatte den Krisenstab in Benghazi vor einigen Wochen aufgrund der schlechten Sicherheitslage in der Stadt eingerichtet.

Kosovo

Bundeswehrmandat verlängert

Der Deutsche Bundestag beschloss am 13.06.13 mit großer Mehrheit eine Verlängerung des 1999 begonnenen NATO-Einsatzes in Kosovo um ein Jahr. Verteidigungsminister Thomas de Maizière erklärte, dass die Beteiligung deutscher Streitkräfte im Rahmen der NATO unverändert notwendig sei. Zwar sei die Lage grundsätzlich ruhig und stabil, man müsse aber weiterhin auf Unruhen vorbereitet sein. Nach dem von der EU vermittelten Abkommen zwischen Serbien und Kosovo vom 19.04.13 soll die serbische Minderheit im Norden Kosovos in den kosovarischen Staat integriert werden. Teile der kosovo-serbischen Bevölkerung lehnen dies jedoch ab. Daher bleibt die Lage weiter angespannt. Aktuell sind rund 5.500 Nato-Soldaten im Einsatz. Deutschland stellt dabei den größten Anteil an Truppen mit zurzeit 830 deutschen Soldaten vor Ort und einer Obergrenze von 1.850 Soldaten.

Russische Föderation

Parlament beschließt Homosexuellen- und Blasphemiegesetz

Das russische Parlament (Duma) hat am 11.06.13 mit großer Mehrheit ein Homosexuellen- und Blasphemiegesetz beschlossen.

Zum Schutze der Jugend wird mit Geld- und Haftstrafe bedroht, wer sich vor Kindern oder Jugendlichen in der Öffentlichkeit positiv über Homosexuelle bzw. Homosexualität äußert. Ausländern droht die Ausweisung. Medien, die über Schwule und Lesben berichten, können für drei Monate gezwungen werden, ihren Betrieb einzustellen. Die Regelung ist international höchst umstritten. So kritisierten Bundesaußenminister Westerwelle und der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte, Markus Lönig, das Gesetz.

Das Blasphemiegesetz wurde aufgrund des Protestauftritts der Punkband „Pussy Riot“ in einer Moskauer Kathedrale verschärft. Künftig soll es bei ähnlichen Vorfällen zusätzlich zu Gefängnisstrafen hohe Geldstrafen geben. Das Gesetz sieht vor, dass jegliche „öffentliche Handlungen, die eine zweifelsfreie Respektlosigkeit gegenüber der Gesellschaft bekunden und die mit dem Ziel begangen werden, die religiösen Gefühle von Gläubigen zu verletzen“, bestraft werden. Erfolgen diese Handlungen an religiösen Stätten, drohen bis zu drei Jahren Haft.

Damit die Gesetze in Kraft treten können, müssen sie noch vom Föderationsrat (Oberhaus) angenommen und vom Staatspräsidenten unterzeichnet werden.

Mali

Frankreich kündigt Friedensplan an

Nach Verlautbarung des französischen Außenministers vom 12.06.13 sei ein Entwurf für ein Übereinkommen erstellt worden, der eine „ausgezeichnete Grundlage für eine Versöhnung“ darstelle. Das Vorhaben respektiere die Einheit des Landes und sehe Wahlen bis Ende Juli vor. Die Tuareg-Organisation MNLA habe den Entwurf bereits gebilligt, der malische Staatspräsident prüfe derzeit das Vorhaben.

Niger

Terroristen aus Gefängnis entkommen

Bei einem Massenausbruch aus einem Gefängnis in der Hauptstadt Niamey sind mehrere mutmaßliche Terroristen entkommen. Unter den Entflohenen soll sich auch der Malier Cheibane Ould Hama befinden, der im Juni 2012 für schuldig befunden worden war, für den Tod von vier Saudi-Arabern und einem Amerikaner verantwortlich zu sein. Er war zu 20 Jahren Haft verurteilt worden. Insgesamt konnten 22 Häftlinge fliehen, berichtete der arabische Sender Al-Dschasira. Der Ausbruch, bei dem drei Wächter getötet und mehrere verletzt wurden, hatte sich Regierungsangaben zufolge bereits am 02.06.13 ereignet. Erste Ermittlungen ergaben, dass Waffen in das Gefängnis geschmuggelt worden waren.

Sudan/Südsudan

Spannungen zwischen Sudan und Südsudan

Sudanesische Truppen sollen nach südsudanesischen Angaben am 10.06.13 etwa zehn Kilometer weit in südsudanesisches Gebiet vorgedrungen sein. Khartum erklärte zudem neun Vereinbarungen mit Südsudan über Sicherheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit für hinfällig. Sudans Präsident Omar al-Bashir hatte bereits am 09.06.13 den Stopp der Öllieferungen und die Schließung der Pipeline von Südsudan nach Port Sudan angeordnet. Sudan wirft dem Süden Unterstützung für die Sudan Revolutionary Front (SRF) vor. Die SRF ist ein Zusammenschluss mehrerer Rebellenorganisationen, die in Darfur und entlang der Grenze zwischen Norden und Süden operieren.

Äthiopien/Eritrea

Immer mehr eritreische Flüchtlinge in Äthiopien

Zunehmend suchen Eritreer Zuflucht im Norden von Äthiopien. Allein in diesem Jahr wird die Zahl der Flüchtlinge aus dem Nachbarland auf bislang 4.000 geschätzt. Um alle unterzubringen, hat das UNO-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) zusammen mit der äthiopischen Regierung ein weiteres Camp errichtet. Die bisherigen Camps, in denen bereits 49.000 Menschen lebten, seien völlig überfüllt, heißt es. Das Hitsats-Flüchtlingslager in der Region Tigray soll künftig bis zu 20.000 Menschen Platz bieten.

Der UNHCR teilte mit: Es handele sich bei vielen Zufluchtsuchenden um unbegleitete Minderjährige. Diese bräuchten besondere Fürsorge. Zudem strömten auch viele gut ausgebildete junge Männer in die Lager. Sie wollen damit dem zeitlich unbegrenzten Militärdienst in ihrer Heimat entkommen.

Ruanda/Deutschland

Anklage gegen mutmaßliche FDLR-Mitglieder

Wie die Bundesanwaltschaft am 11.06.13 mitteilte, erhob sie am 27.05.13 Anklage gegen drei deutsche Staatsangehörige wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung FDLR (Forces Démocratiques de Libération du Rwanda). Sie werden beschuldigt, in Presseerklärungen seit Mai 2011 u.a. die Ideologie der FDLR verbreitet zu haben. Sie sollen in Deutschland eine Zelle der FDLR gebildet und versucht haben, die Aufgaben der 2009 und 2010 in Deutschland und Frankreich festgenommenen FDLR-Führung, deren Gerichtsverfahren noch nicht abgeschlossen sind, zumindest teilweise zu übernehmen. Die Beschuldigten wurden am 05.12.12 festgenommen. Zwei von ihnen befinden sich in Untersuchungshaft. Gegen elf weitere Unterstützer wird ermittelt.